

Wirksamer Preis auf CO2

www.klima-retten.info: CO2-Preis

Zitate, die das Thema auf den Punkt bringen

»Der Sozialismus ging daran zu Grunde, dass er es nicht zuließ, dass die Preise die ökonomische Wahrheit sagen. Der Kapitalismus könnte daran zu Grunde gehen, dass er nicht dafür sorgt, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen.«

Ernst Ulrich v. Weizsäcker (u.a. ehemaliger Präsident des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie)

»Die Menge an Zeit, Energie und Worten, die darauf verwendet wird, das ›Bewusstsein‹ der Menschen für die Energie und das Klima zu schärfen und sie zu symbolischen Handlungen aufzurufen, die ihre Aufmerksamkeit darauf lenken sollen, steht in keinem Verhältnis zu der Menge an Zeit, Energie und Worten, die auf die Entwicklung einer neuen systemischen Lösung verwendet wird. (...) Vom symbolischen zum Substantiellen zu überzeugen ist nicht einfach.«

Thomas L. Friedman (Korrespondent und Kommentator der New York Times)

Inhalt

1. Noch eine unbequeme Wahrheit: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen	3
1.1 Größe der Herausforderung	3
1.2 Welche Wege zur Dekarbonisierung gibt es?	3
1.3 CO2 braucht einen wirksamen Preis	4
1.4 Soziale Ausgestaltung	5
1.5 CO2-Abgabe oder Emissionshandel?	6
2. Zentrale Einwände gegen einen wirksamen Preis auf CO2	7
2.1 Schädlich für die internationale Wettbewerbsfähigkeit	7
2.2 Preise für CO2, in der Höhe wie sie nötig sind, sind politisch nicht durchsetzbar	7
2.3 Alles auf ein Pferd setzen?	10
2.4 Ein Preis für CO2 ist ein moderner Ablasshandel	11
2.5 Preis für CO2 ist unsozial	12
3. Alternativen zum wirksamen Preis auf CO2	13
3.1 Nichtstun: Das Problem löst sich von allein	13
3.2 Umweltbewusstes Handeln	13
3.3 Staatliche Detaillenkung durch Auflagen und Subventionen	14
4. CO2-Preis-Rechner	17
5. Erstaunliche Zitate aus der Politik	17
6. Paper zu Klimaschutzinstrumenten	18

1. Noch eine unbequeme Wahrheit: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen

Systemische Lösung eines systemischen Problems:

Wirksamer CO2-Preis mit vollständiger Klimadividende.

Damit halten wir unsere Klimaziele sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll sicher ein.

Herausforderung - Welche Wege gibt es? - Funktionsweise CO2-Preis - Soziale Ausgestaltung - Abgabe vs. Emissionshandel

1.1 Größe der Herausforderung

Unter "CO2-Budget" zeigen wir die globale Herausforderung und was diese konkret für die größten Emittenten der Welt bedeutet. Beschäftigt man sich mit den knappen verbleibenden CO2-Budgets wird deutlich: Die Herausforderung ist gewaltig. Deshalb brauchen wir einen optimalen Instrumentenmix, um die Dekarbonisierung in der notwendigen Schnelligkeit umsetzen zu können.

1.2 Welche Wege zur Dekarbonisierung gibt es?

Klimaschutz wird oft auf der falschen Ebene diskutiert. Er ist in erster Linie kein technologisches Problem (viele technischen Lösungen existieren bereits) und ist auch nicht über individuelle Verhaltensänderungen (moralisches Alltagshandeln) wirklich lösbar. Auch der Staat wird scheitern, wenn er über Detailauflagen (Ordnungsrecht) und Subventionen für ausreichenden Klimaschutz sorgen will. Die Weltmarktpreise für Öl, Gas und Kohle oder der technische Fortschritt aus sich heraus werden ebenfalls nicht die Lösung sein. Nähere Begründung unter "3. Wie schneiden die anderen Wege zum Klimaschutz ab?" (s.u.).

Es bleiben eigentlich nur zwei Möglichkeiten:

- (1) Verwendung fossiler Brennstoffe schrittweise verbieten:
- ▶ Ordnungsrechtlicher Kohleausstieg mit Entschädigungszahlungen an die Anlagenbetreiber
- ► Verwendung fossiler Brennstoffe bei Mobilität und der Wärmeerzeugung schrittweise verbieten
- ► CO2-Emissionen bei der Stahl- oder Zementherstellung schrittweise verbieten
- ► etc.
- (2) **CO2** einen **wirksamen Preis** geben. Wirksam in dem Sinne, dass der CO2-Preis grundsätzlich so hoch ist, dass wir uns auf dem politisch entschiedenen Reduktionspfad befinden (<u>Standard-Preis-Ansatz</u>).

Der zweite Ansatz dürfte insgesamt gesehen der "smartere" Weg sein, was im Folgenden auch weiter begründen wird. Insbesondere hat ein wirksamer CO2-Preis den Vorteil, dass wir unsere Emissionen direkt steuern können. Dies ist aufgrund des knappen verbleibenden Budgets entscheidend. Wichtiger als ein konkretes Kohleausstiegsdatum oder Verbotstermine für Verbrennermotoren ist aufgrund der Budgeteigenschaft von CO2 die Summe an Emissionen, die wir noch verursachen. Die Einhaltung eines verbleibenden Budgets über Verbotstermine ist um einiges schwieriger als über einen wirksamen CO2-Preis.

Da trotz der großen Vorteile eines wirksamen CO2-Preises, dieser politisch relativ schwer durchsetzbar ist, werden unter "2. Zentrale Einwände gegen einen wirksamen CO2-Preis" (s.u.) diskutiert.

1.3 CO2 braucht einen wirksamen Preis

Mangelnder Klimaschutz ist in erster Linie ein Problem falscher ökonomischer Rahmenbedingungen:

Wir emittieren zu viele Treibhausgase,

- ▶ weil diese keinen Marktpreis haben
- ▶ weil wir damit die negativen Folgen unseres Tuns externalisieren (sozialisieren) und die positiven Folgen privatisieren können.

Diejenigen, die die Folgen des Klimawandels tragen müssen, können keine Rechnung an den Verursacher schicken. Das muss der Staat übernehmen. <u>Märkte versagen</u> an dieser Stelle aufgrund externer Effekte.

Zuerst die schlechte Nachricht:

Wenn wir unser Klima noch retten möchten, muss ein CO2-Preis kontinuierlich und **drastisch** steigen.

Es muss gelten: Sind die Emissionen zu hoch - ist der CO2-Preis zu niedrig.

Die gute Nachricht:

Ein wirksamer CO2-Preis ist der **effizienteste** und **effektivste Weg** zum Klimaschutz.

Alle anderen Wege

- fordern mehr Verzicht
- bedeuten weniger freie Entscheidung (mehr Gängelung)
- nutzen die technischen Potentiale weniger
- kommen uns teurer

Ein wirksamer CO2-Preis bedeutet

- <u>Kosteneffizienz</u>: CO2-Reduktion wird zu geringstmöglichen volkswirtschaftlichen Kosten erreicht
- Umstieg auf erneuerbare Energien
- Technologieoffenheit
- mehr individuelle Freiheit
- Verursachungsgerechtigkeit: jeder übernimmt Verantwortung für seinen CO2-Fußabdruck
- Planungssicherheit für private und öffentliche Investitionen in eine fossilfreie Zukunft
- keine <u>Reboundeffekte</u>: Effizienzgewinne werden nicht mehr z.B. durch Mehrverbrauch wieder aufgefressen

 dass wir eine zielgenaue Steuerungsgröße für unsere CO2-Emissionen haben (da wir damit unsere CO2-Reduktionsziele sicher einhalten, können wir uns auf die Gestaltung der Zukunft konzentrieren)

Damit ist ein wirksamer CO2-Preis ein äußerst ganzheitlicher und zielgenauer Ansatz.

Kurz gesagt: Wir brauchen einen **Preis auf CO2** durch die Besteuerung von CO2 (**CO2-Abgabe / CO2-Steuer**) oder einen **Emissionshandel**, dann spiegelt sich im Endpreis jedes Produktes über alle Wertschöpfungsketten hinweg der CO2-Fußabdruck wider. Sie kaufen einfach das preisgünstigere Produkt und haben etwas für den Klimaschutz getan und CO2 dort eingespart, wo dies am kostengünstigsten und mit innovativen Ideen möglich ist. Ein Preis auf CO2 heißt Verantwortung übernehmen, ohne dass man bei alltäglichen Konsum- und Investitionsentscheidungen moralisch und faktisch überfordert wird. Ernst Ulrich von Weizsäcker hat dafür den Begriff geprägt: "**Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen"**.

Eine CO2-Abgabe muss kontinuierlich angehoben werden, um auf dem politisch entschiedenen Emissionspfad zu bleiben. Bei einem Emissionshandel wird die Menge an Zertifikaten, die jährlich in den Markt gegeben wird, entsprechend dem politisch entschiedenen Emissionspfad gesenkt. Außerdem muss beim Emissionshandel darauf geachtet werden, dass er die richtigen Preissignale für Langfristinvestitionen setzt. Ist dies nicht der Fall, ist dies ein Zeichen dafür, dass der Reduktionspfad ambitionierter sein kann.

Entscheidend für die **politische Durchsetzbarkeit** eines **wirksamen CO2-Preises** ist, dass ein signifikanter Anteil von uns Wählern die Funktionsweise und damit die Vorteile eines wirksamen CO2-Preises kennt und schätzt. Wir müssen den CO2-Preis nicht lieben; aber akzeptieren. Im Moment muss man feststellen, dass die Mehrheit von uns Wählern den CO2-Preis als zentrales Lösungsinstrument für die Klimakrise noch nicht so richtig auf dem Schirm hat und die Politik noch nicht den Mut hat, uns wirklich davon zu überzeugen. Vielleicht beginnt sich das gerade zu ändern ...

Der **Pro-Kopf-Ausschüttung** der gesamten Einnahmen (s.u.) könnte eine Schlüsselrolle zukommen, um diese Blockade in unserem Diskurs zu überwinden. Wir sollten uns die Zeit nehmen - die wir eigentlich nicht mehr haben -, die Funktionsweise eines wirksamen CO2-Preises breit gesellschaftlich zu diskutieren. Dies ist im Rahmen des Klimapakets der Bundesregierung noch nicht ausreichend geschehen. Das kann uns noch böse auf die Füße fallen.

Falls sich ein breites Verständnis über die Funktionsweise eines CO2-Preises als zentrale Steuerungsgröße im Dekarbonisierungsprozess nicht herstellen lässt, dann müssen wir die Dekarbonisierung auch anders hinbekommen einschließlich "lauer" CO2-Preise als weiteres Instrument in einem unaufgeräumten Instrumentenkasten. Der Weg wird dann allerdings sehr viel beschwerlicher. Aber am Ende zählt, was sich politisch durchsetzen lässt. Was sich durchsetzen lässt, hängt aber auch davon ab, ob es der Politik besser gelingt, die gewaltige Herausforderung zu kommunizieren und die Vorteile einer wirksamen CO2-Bepreisung mit vollständiger Klimadividende herauszustellen. Die CO2-Bepreisung und Einnahmeverwendung im Klimapaket, ist leider noch nicht auf maximale Kommunizierbarkeit ausgerichtet. Sehr hilfreich wäre auch, wenn die Klimabewegung vehement einen wirksamen CO2-Preis mit vollständiger Klimadividende fordern würde. Die Politik allein könnte zu schwach sein für einen so weitreichenden Ansatz.

1.4 Soziale Ausgestaltung

Die vollständigen Einnahmen aus einer CO2-Abgabe oder einem Emissionshandel (Versteigerungserlöse) sollten pro Kopf an uns Bürger zurückgegeben werden. Für ein Pro-Kopf-

Ausschüttung werden unterschiedliche Begriffe verwendet: Ökobonus, Energiegeld, <u>Klimadividende</u>, Energiewendebonus, Klimaprämie, Klimageld (Ampel-Koalitionsvertrag) etc.

Das hätte folgende entscheidenden Vorteile:

- 1. Damit wäre klar, dass es nicht um "Abzocke" geht. Es geht nicht um die Einnahmen.
- 2. Der Durchschnittsbürger würde damit durch den CO2-Preis an sich nicht belastet.
- 3. Geringverdiener und Familien würden in aller Regel deutlich profitieren.

Für wenige soziale Härtefälle bei Mobilität im ländlichen Raum oder beim Heizen sind zusätzliche sehr zielgenaue Maßnahmen notwendig. Ansatzpunkte können z.B. das Wohngeld und die Mobilitätsprämie sein.

Die vollständige Klimadividende ist eine große Chance, einen zentralen Beitrag dafür zu leisten, dass wir bei der gewaltigen Transformation, vor der wir jetzt stehen, gesellschaftlich beieinander bleiben. Die vollständige Klimadividende macht aus dem potenziellen sozialen Sprengstoff CO2-Preis einen sozialen Kitt in der Transformation.

1.5 CO2-Abgabe oder Emissionshandel?

Mit einem Emissionshandel kann man punktgenau die Menge an Zertifikaten jährlich versteigern, die man sich für ein bestimmtes Jahr vorgenommen hat. Der CO2-Preis (Zertifikatepreis) ergibt sich dann durch Angebot und Nachfrage.

Bei einer <u>CO2-Abgabe / CO2-Steuer</u> ist unsicher, welche CO2-Menge emittiert wird. Daher muss die Abgabe regelmäßig angepasst werden, um möglichst genau den politisch entschiedenen Reduktionspfad (Emissionspfad) einzuhalten.

Unter dem Strich spricht heute einiges für den Emissionshandel. Eine CO2-Abgabe wäre vielleicht vor gut 20 Jahren aufgrund der höheren möglichen Planungssicherheit beim CO2-Preis die bessere Option gewesen. Jetzt müssen wir ziemlich schnell relativ hohe Reduktionen pro Jahr schaffen. Das kann ein Emissionshandel grundsätzlich besser. Wir Bürger und die Wirtschaft brauchen heute vor allem Planungssicherheit darüber, dass wir unsere Ziele in Zukunft einhalten. Sich verändernde Preise sind dagegen ein wichtiges Steuerungssignal in einer funktionierenden Marktwirtschaft; auch wenn das Betriebswirte nicht so gern hören.

Die teilweise zu beobachtende gegenseitige "Kannibalisierung" der Preisinstrumente führt uns jedoch nicht weiter. Beide Wege sind besser als andere Wege. Entscheidend ist die wirksame Bepreisung von CO2. Leider wurde von Teilen der Union und der FDP eine CO2-Steuer als "Verbotsorgie" diffamiert und von Teilen des linken Spektrums wurde der Emissionshandel als ein "Ausbund des Neoliberalismus" betrachtet. Beide (ideologischen) Lager lagen falsch.

2. Zentrale Einwände gegen einen wirksamen Preis auf CO2

Wettbewerbsfähigkeit? - Politische Durchsetzbarkeit? - Alles auf ein Pferd setzen? - Ablasshandel? - Unsozial?

2.1 Schädlich für die internationale Wettbewerbsfähigkeit

Klimaschutz kostet etwas – egal mit welchem Instrument. So kostet uns das EEG zurzeit rund 25 Mrd. € im Jahr. Wir geben zurzeit viel Steuergeld für Subventionen für die energetische Gebäudesanierung und für Kaufzuschüsse für E-Autos aus. Auch die energetischen Auflagen für Neubauten verursachen Mehrkosten. Wäre dies nicht so, hätten wir ja kein Problem. Dann würden sich die CO2-sparenden Alternativen von allein auf dem Markt durchsetzen.

Ein einheitlicher Preis auf CO2 hat den Vorteil, dass dort CO2 eingespart wird, wo dies am **kostengünstigsten** möglich ist. Ein Preis für CO2 hat auch den Vorteil, dass Unternehmen einen Anreiz haben, nach **innovativen Lösungen** zu suchen, die CO2- bzw. energieeffizienter sind, weil diese sich dann selbständig auf dem Markt rechnen. Heute sucht der Staat nach Lösungen und verordnet bzw. subventioniert sie dann. Kein Garant für Innovationen.

Auf der einen Seite ist klar: Kein Land der Welt kann das Klima allein retten. Auf der anderen Seite ist es wichtig, dass Länder eine **Vorreiterrolle** einnehmen und ansatzweise zeigen, dass es technisch und bei maßvoller Veränderung des Lebensstils auch anders geht. Vorreiter setzen außerdem positive politische Signale für globale Kooperation. Für diese Vorreiterrolle gibt es aber wohl Grenzen im internationalen Standortwettbewerb: Klimaschutz kann Exporte verteuern und Verbraucher bzw. Unternehmen können auf Importgüter zurückgreifen, die u.U. kurzfristig billiger sind, wenn sie einer weniger ambitionierten Klimaschutzpolitik unterliegen. Dies zeigt, wie wichtig **internationale Kooperation** ist. Daher müssen wir darauf setzen, dass der <u>Nachbesserungsprozess</u> von Paris ein Erfolg wird.

Für besonders CO2-intensive Prozesse wie z.B. die Stahlerzeugung sind intelligente Sonderregelungen (**Carbon-Leakage-Schutz**) notwendig, solange globale Kooperation noch nicht ausreichend existiert.

Wenn wir die gleichen Klimaziele ohne einen wirksamen CO2-Preis erreichen wollen, dann bereitet uns dies mangels entsprechender Kosteneffizienz und innovativer Lösungen letztendlich mehr Probleme im internationalen Wettbewerb.

2.2 Preise für CO2, in der Höhe wie sie nötig sind, sind politisch nicht durchsetzbar

Mit einer guten Kommunikationsstrategie und eine vollständigen Klimadividende sind wirksame CO2-Preise möglich. Wenn wir unsere Klimaziele ohne wirksamen CO2-Preis erreichen wollen, wird es deutlich schwieriger (auch politisch).

Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland ist bei Umfragen für mehr Klimaschutz. Wenn es aber konkret wird, schwindet oft die Zustimmung. Es stellt sich also die Frage, ob Maßnahmen, die zur Einhaltung der Pariser-Klimaziele führen, überhaupt **mehrheitsfähig** sind. Das kann man sicher in

Frage stellen. Schließlich müssen wir unseren Lebensstil zugunsten zukünftiger Generationen ändern. Nur Effizienzsteigerung wird nicht reichen und auch die gibt es oft nicht zum Nulltarif.

Wer sagt: Die notwendigen CO2-Preise zur Einhaltung unserer Ziele seien politisch nicht durchsetzbar, stellt damit eigentlich unsere Klimaziele in Frage, denn ohne wirksame CO2-Preise wird deren Einhaltung noch schwieriger. Allerdings kann man die These vertreten, dass die Bürger dies nicht überblicken und daher u.U. ein weniger optimaler Instrumentenmix ohne wirksamen CO2-Preis am Ende politisch doch leichter durchzusetzen ist.

Wir glauben, dass eine Mehrheit von dem einfachen Grundprinzip "Ich zahle einen gerechten Preis für mein Tun" überzeugt werden kann. Insbesondere, wenn die

- ökonomischen Vorteile,
- die Befreiung von persönlichen Widersprüchen (Soziales Dilemma) und
- die Wirkung einer Pro-Kopf-Ausschüttung der gesamten Einnahmen (Klimadividende)

verstanden werden.

Ein wirksamer Preis für CO2 sorgt dafür, dass

- wir unsere Klimaziele einhalten.
- Klimaschutz sich individuell rechnet. Nichts kann mehr Anreize für technische Innovationen bieten. Damit werden die technischen Potentiale kosteneffizient ausgeschöpft.
- CO2 dort eingespart wird, wo dies am **kostengünstigsten** möglich ist. Derjenige, der geringe Vermeidungskosten hat wird mehr einsparen als derjenige, der hohe hat.
- das **Informationsproblem** gelöst wird. Der Endpreis jedes Produkts signalisiert, wie viel CO2 damit wirklich verbunden ist.
- ich aus dem Dilemma befreit werde, dass ich vielleicht gerne das Klima schützen, aber auch nicht der **Dumme** sein will, der verzichtet, während mein Nachbar es sich weiter gut gehen lässt.
- ich aus dem Dilemma befreit werde, dass ich vielleicht gerne das Klima schützen möchte, aber mir auch klar ist, dass mein **kleiner Beitrag** dem Klima nichts bringt einfach nicht messbar ist ich aber ganz konkret mein Verhalten ändern oder sogar auf etwas verzichten müsste.
- dass **Verzicht** (falls notwendig) **minimiert** wird.
- das Verursacherprinzip durchgesetzt wird. Ein Preis auf CO2 macht die Übernahme von Verantwortung in einer pluralistischen Massengesellschaft möglich. Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten einer Medaille.

Bemerkenswert ist, dass die meisten Politiker seit Jahrzehnten genau wissen was notwendig ist (siehe Zitate unten). Sie hatten nur das Problem, dass sie entweder Angst vor uns Wählern hatten oder der Versuchung nicht widerstehen können, kurzfristig politisch daraus Kapital zu schlagen, wenn sie den politischen Gegner angreifen, der höhere Preise für fossile Brennstoffe fordert. Lieber Mitwähler: Wir müssen an der Wahlurne Verantwortung übernehmen. Lieber Politiker: Ihr habt auch die Aufgabe, für das Notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten. Eine sogenannte "Koalition mit dem Volk", wie sie Horst Seehofer einmal ausgerufen hatte, springt zu kurz. Ausufernder

Populismus zerstört die Demokratie. Das heißt nicht, dass man nicht sein Ohr am Volk haben darf. Aber auch **Überzeugungsarbeit** für herausfordernde **Maßnahmen** zu Gunsten des **Gemeinwohls** gehört zur Berufsbeschreibung eines Politikers in einer Demokratie.

Wie schwierig die politische Durchsetzung eines wirksamen Preises für CO2 ist, zeigen z.B. die **Fünf-DM-Debatte**, die die Grünen 1998 ausgelöst hatten, oder die **Gelbwestenbewegung** in Frankreich. In ihrem damaligen Wahlprogramm forderten B'90/Die Grünen, dass der Verkehr seine vollen Kosten tragen müsse und schlugen eine Anhebung des Benzinpreises innerhalb von 10 Jahren auf 5 DM vor. Auf der anderen Seite sollten u.a. Sozialversicherungsbeiträge gesenkt und der Öffentliche Personenverkehr ausgebaut werden. Insbesondere die Bild-Zeitung und der Generalsekretär der CDU schafften es, dass in der öffentlichen Wahrnehmung hängen blieb, dass sofort nach der Wahl der Benzinpreis auf 5 DM erhöht werden würde. Die anderen Beschlüsse fielen unter den Tisch. Die Grünen sanken in Umfragen um bis zu 10%-Punkte ab. Diese Erfahrung hat nicht nur die Grünen geprägt. Auch alle anderen Parteien scheuten seither dieses Thema - wider besseren Wissens.

Welche Lehren kann man daraus ziehen?

- Eine Forderung nach einem Preis für CO2 muss mit einem durchdachten
 Kommunikationskonzept verbunden sein. Zusätzlich zu oben genannten Punkten kommt es auf Folgendes an:
 - Es muss deutlich werden, dass höhere Preise für fossile Brennstoffe schrittweise eingeführt werden und damit ihren Schrecken verlieren, weil dann, wenn die hohen Preise wirklich wehtun würden,
 - unsere Häuser, unsere Mobilität und Konsumgüter dann auch weniger CO2
 verursachen bzw. dekarbonisiert sind
 - erneuerbare Energien und alternative Antriebskonzepte zur Verfügung stehen werden
 - wir eine andere Infrastruktur haben werden (z.B.: ausgebauter öffentlicher Verkehr, wieder L\u00e4den in der N\u00e4he und den Innenst\u00e4dten)
 - wir unseren Lebensstil auch nur schrittweise anpassen müssen.
 - Es handelt sich lediglich um ein Vorziehen einer Entwicklung, die sowieso eintritt.
 Ändern wir nichts, wird der Energieverbrauch weiter weltweit ansteigen und irgendwann wird die Förderung von Öl und Gas nicht mehr mithalten können und immer teurer werden. Dann explodieren die Preise für Öl und Gas für die Begrenzung des Klimawandels, wird es dann allerdings viel zu spät sein.
 - Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass man den Menschen zum Beispiel das "Autofahren" oder das "Fleisch essen" (siehe Veggieday) madig machen will. Im Mittelpunkt muss stehen, dass es um die Reduktion von CO2 geht und nicht darum, bestimmte Dinge teurer zu machen, die die Menschen gerne tun. So war es 1998 falsch, einen bestimmten Benzinpreis zu fordern. Die einheitliche Bepreisung von CO2 muss im Mittelpunkt stehen. Es macht in der Kommunikation einen großen Unterschied, ob man sagt: "Du musst weniger Autofahren und weniger Fleisch essen" oder, ob man sagt: "Wir müssen unsere Gesamt-CO2-Emissionen um so und so viel reduzieren dafür brauchen wir einen wirksamen CO2-Preis; aber wo Du aber Deine Prioritäten setzt, bleibt Dir selbst überlassen."

- Keine Abzocke. Es geht nicht um Mehreinnahmen für den Staat. Deshalb ist eine absolut transparente und eine von der Mehrheit als gerecht empfundene Rückgabe der vollständigen Einnahmen aus einer CO2-Abgabe oder einem umfassenden Emissionshandel (Versteigerungserlöse) besonders wichtig für die politische Durchsetzung (vollständige Klimadividende).
- Ähnlich wie es in der Rentenpolitik in der Vergangenheit möglich war, sollte auch beim Thema Klimaschutz ein gewisser möglichst breiter überparteilicher Konsens gesucht werden.

Wirklich wirksamer Klimaschutz ist eine so einschneidende Maßnahme, dass er nachhaltig nur mehrheitsfähig sein und bleiben wird, wenn die Karten auf den Tisch gelegt werden.

Am Ende des Tages brauchen wir eine Mehrheit für wirksamen Klimaschutz an der Wahlurne. Und das ist wahrscheinlich tatsächlich die **Achillesferse** des sehr wirksamen Instruments 'CO2-Bepreisung': Bei vielen von uns besteht eine gewaltige Bildungslücke beim Wissen darüber was 'Märkte' können und was sie nicht können. Hier haben Schulen, Universitäten und die Medien (auch die öffentlich-rechtlichen) versagt. Mit der CO2-Bepreisung die Dekarbonisierung zu steuern wird nur funktionieren, wenn (1) wir Bürger verstehen wie dieses Instrument funktioniert, (2) wir diese Funktionsweise auch akzeptieren, (3) wir dem Instrument auch ein gewisses Vertrauen entgegenbringen, dass es kosteneffiziente und innovative Alternativen hervorbringen wird und (4) wir verstehen, dass die alternativen Wege uns sehr viel teurer kommen und die Einhaltung eines Paris-kompatiblen CO2-Budgets über diese Wege nicht möglich ist. Daher ist es wichtig, jetzt massiv zum Thema CO2-Bepreisung zu kommunizieren. Eine wirksame CO2-Bepreisung ohne gesellschaftliche Diskussion über seine Wirkungsweise führt wahrscheinlich nicht ans Ziel.

2.3 Alles auf ein Pferd setzen?

Ja, wir brauchen wirksame CO2-Preise als Leitinstrument. Eine vollständige Klimadividende macht wirksame CO2-Preise deutlich weniger angreifbar im politischen Prozess.

Viele haben Vorbehalte, dem Instrument "Preis auf CO2" die maßgebliche Rolle bei der Dekarbonisierung zu geben, weil sie befürchten, dass ein besonders elegantes und effizientes Instrument im politischen Prozess leichter angreifbar ist. Wird dieses Instrument im politischen Prozess beschädigt, hat man "alles auf ein Pferd gesetzt" und man erreicht am Ende weniger, als wenn man auf einen breiten Instrumentenmix zurückgreifen kann, der so komplex ist, dass er weniger angreifbar ist.

Das beschriebene Risiko sehen wir auch. Aber die Herausforderung der Einhaltung der Pariser Klimaziele ist so gewaltig, dass wir auf die Vorteile eines wirksamen Preises auf CO2, der die Hauptrolle bei der Dekarbonisierung übernimmt, wohl nicht verzichten können. Um das Risiko zu verringern, wäre es gut, wenn ein **wirksamer** Preis auf CO2 in einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens eingeführt wird. Auf der Fachebene existiert dieser Konsens längst zwischen fast allen Parteien. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Wirkungsweise eines wirksamen Preises auf CO2. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Populisten nicht der Versuchung widerstehen können eine "CO2-Preis-Bremse-Diskussion" oder Ähnliches anzuzetteln. Für eine breite Akzeptanz zu den notwendigen einschneidenden Veränderungen (die bei jedem wirksamen Instrumentarium notwendig ist), ist es wichtig, dass wir Bürger die

Lastenverteilung als gerecht empfinden. Die Pro-Kopf-Rückverteilung der gesamten Einnahmen ist dazu der entscheidende Baustein. Mit einer vollständigen Klimadividende dürfte der Reflex, die CO2-Bepreisung in Frage zu stellen, wenn es schwierig wird, ausbleiben. Gerade jetzt im Zusammenhang mit dem brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine wäre es sehr hilfreich gewesen, wenn wir eine vollständige Klimadividende schon hätten.

Haben wir nicht auch große Erfolge damit gehabt, dass wir auf ein Problem im Wesentlichen auch mit einem Instrument geantwortet haben? Beispiele sind die **Sozialversicherungen** und **unabhängige Zentralbanken**. Ja, ein "wirksamer CO2-Preis mit vollständiger Klimadividende" hat die Bedeutung der Einführung der Sozialversicherungen und unabhängiger Zentralbanken. Liebe heutige Politikergeneration: Werdet euch bewusst, dass ihr heutige Probleme auch mit neuen institutionellen Lösungen angehen müsst. Sonst steht einmal in den Geschichtsbüchern: Diese Politikergeneration ist an den an sie gestellten Aufgaben gescheitert.

Wenn ein CO2-Preis maßgeblich die Steuerung der Dekarbonisierung übernimmt, heißt das nicht, dass damit alles gelaufen ist. Der CO2-Preis sorgt "nur" dafür, dass unsere CO2-Emissionen wie politisch entschieden kosteneffizient und mit innovativen Lösungen sinken. Wie viel Geld wir dann z.B. dann weiter für Straßen, die Bahn oder Radwege ausgeben, das müssen wir natürlich trotzdem weiter gesellschaftlich aushandeln. Auch müssen wir natürlich Planungs- und Genehmigungsprozesse angemessen beschleunigen, das Strommarktdesign überprüfen, genügend Flächen für Wind und Sonne mobilisieren etc. Nur die Vorzeichen wären dann völlig andere.

Wir sollten also zur innovativen und kosteneffizienten Senkung unserer CO2-Emissionen tatsächlich alles auf ein Pferd setzen: nämlich einen wirksamen CO2-Preis mit vollständiger Klimadividende. Der wirksame CO2-Preis löst dabei sicher nicht alle Probleme. Aber ohne ihn wird es sehr schwer, erfolgreich zu sein. Mathematisch kann man dies so ausdrücken: Der CO2-Preis ist wohl eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Dekarbonisierung; aber er ist nicht hinreichend für einen guten Dekarbonisierungsprozess.

2.4 Ein Preis für CO2 ist ein moderner Ablasshandel

Ein wirksamer Preis für CO2 tut sich politisch auch deshalb schwer, da sich auch viele engagierte Klimaschützer mit diesem Ansatz schwer tun. Soll man sich jetzt auch beim Klimaschutz **freikaufen** können? Soll jetzt auch noch der Klimaschutz, wo so viele Menschen sich persönlich einbringen, über den anonymen Markt, über Preise geregelt werden? Soll jetzt der Kapitalismus das Klima retten?

Diese Gedanken sind gut nachvollziehbar. Wem aber wirklich am Herzen liegt, dass die Menschheit von den schlimmsten Folgen des Klimawandels verschont bleibt, sollte auch das wirksamste Instrument unterstützen. Es wird immer nur eine **Minderheit** der Menschen bereit und auch in der Lage sein, bei allen täglichen Entscheidungen die Klimafolgen mitzubedenken. Wir brauchen **massentaugliche Instrumente**. Wie wir weiter unten noch aufzeigen, würde ein ausreichender Klimaschutz über alltägliches umweltbewusstes Handeln die **Akteure** faktisch (Informationsproblem) und moralisch vollkommen **überfordern**.

Außerdem hat ein **Preis für CO2** eine **moralische Dimension**. Er ermöglicht es, inmitten einer pluralistischen Massengesellschaft **Verantwortung** für das eigene Tun zu übernehmen, ohne dass der Staat oder die Gesellschaft die **Freiheit** des Einzelnen über Gebühr beschränken muss. Mit einem wirksamen CO2-Preis übernimmt jeder Verantwortung für seinen CO2-Fußabdruck. Winfried Kretschmann hat dies auf die einfache Formel gebracht: "**CO2-Preis statt Moralkeule**".

2.5 Preis für CO2 ist unsozial

Eine vollständige Klimadividende könnte der zentrale **soziale Kitt** in der Transformation sein.

Da Klimaschutz uns etwas kostet, stellt sich bei jeder Klimaschutzpolitik die Frage der sozialen Ausgestaltung. Wichtig ist festzuhalten, dass bei einem wirksamen CO2-Preis die volkswirtschaftlichen Kosten des Klimaschutzes am geringsten sind (Kosteneffizienz, hohe Anreize für innovative Lösungen). Außerdem steht durch die Einnahmen - im Gegensatz zu anderen Instrumenten - mit der Pro-Kopf-Rückverteilung der vollständigen Einnahmen ein wichtiger Schlüssel zur sozialen Ausgestaltung der Klimaschutzpolitik zur Verfügung.

Allerdings müssen wir akzeptieren, dass die **Nutzung der Umwelt ein "normales Gut"** werden muss, wie die PS-Zahl des Autos oder die Größe oder Lage der Wohnung etc. Den Sonderweg, den wir in der Vergangenheit gegangen sind, dass durch staatliches Nichthandeln die Kosten der Umweltnutzung nicht in einem ausreichenden Maße dem Nutzer angelastet werden, können wir uns nicht mehr leisten. Daraus folgt, dass - wie bei anderen Gütern auch - der Reichere sich grundsätzlich mehr davon leisten kann. Dies ist jedoch auch ohne marktbasierte Instrumente der Fall, da Reichere sich von den Folgen des Klimawandels immer besser schützen können als Ärmere. Bei marktbasierten Instrumenten zahlt der Reiche jedoch einen gerechten Preis für die Nutzung der Umwelt. Falls man der Meinung ist, dass bestimmte Menschen zu reich sind, sollte man das über **Verteilungspolitik** (z.B. eine Vermögenssteuer oder höhere Spitzensteuersätze) lösen und nicht über eine subventionierte Nutzung der Umwelt für alle.

Es ist jedoch klar: Wirksame CO2-Preise brauchen einen **effektiven sozialen Ausgleich**, da Ärmere einen größeren Anteil ihres Einkommens für Energie ausgeben und auch deutlich weniger flexibel reagieren können. Deshalb sollten die **gesamten** Einnahmen aus einer CO2-Bepreisung über eine Klimadividende pro Kopf an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Mit einer vollständigen Klimadividende profitieren Geringverdiener und Familien in aller Regel deutlich, sodass die zunächst regressive Wirkung der CO2-Bepreisung in eine progressive umgekehrt wird. Zusätzlich braucht es sehr zielgenaue Instrumente für wenige soziale Härtefälle bei Mobilität im ländlichen Raum und beim Heizen.

Eine Klimadividende + zielgenaue Unterstützungen von wenigen Härtefällen sind eine bessere Sozialpolitik als subventionierte Preise für die Umweltnutzung für alle, von der auch die Reichen profitieren.

Eine vollständige Klimadividende könnte ein wichtiger Baustein dafür sein, dass wir bei der gewaltigen Transformation, vor der wir jetzt stehen, gesellschaftlich beieinander bleiben. Sie könnte der zentrale **soziale Kitt** in der Transformation sein.

3. Alternativen zum wirksamen Preis auf CO2

Da die drastische Erhöhung der Preise für fossile Brennstoffe nachvollziehbar nicht sehr beliebt ist, sollen die Alternativen kurz diskutieren werden: Nichtstun - Umweltbewusstes Handeln - Auflagen/Subventionen.

3.1 Nichtstun: Das Problem löst sich von allein

Technischer Fortschritt

Es wäre reiner Zufall, wenn treibhausgasarme Technologien von sich aus in einem ausreichenden Maße die Wirtschaftlichkeitsschwelle erreichen.

Zudem ist oft der sogenannte "Reboundeffekt" zu beobachten. Zwei Beispiele: Flachbildschirme brauchen spezifisch weniger Strom als die alten Röhrenfernseher. Dieser Vorteil wird aber durch immer größere Bildschirme konterkariert. Der spezifische Verbrauch der Motoren ist in den vergangenen Jahrzehnten durch technischen Fortschritt stark gesunken. Durch schwerere Fahrzeuge, neue energiefressende Funktionen und höhere Kilometerleistungen wurde dieser Fortschritt jedoch zunichte gemacht.

Deshalb braucht der technische Fortschritt einen eindeutigen Richtungsgeber durch ökologische Preise. Die notwendigen Technologien liegen größtenteils in den berühmten Schubladen, sind eigentlich schon marktreif oder würden entwickelt, wenn die ökonomischen Rahmenbedingungen stimmen. Dabei würden sich die kosteneffizienten durchsetzen. Treibhausgasärmere Technologien müssen individuell rational sein, d.h. sie müssen sich für Konsumenten und Investoren rechnen. Dafür müssen wir den fossilen Brennstoffen dem Grunde nach Stück für Stück ihre wahren Kosten anlasten. Nur dann funktioniert Marktwirtschaft (Terminus technicus: Internalisierung externer Effekte). Da man aber u.a. in der Praxis die "wahren Kosten" nicht kennen kann, brauchen wir zumindest CO2-Preise in der Höhe, sodass wir unsere Reduktionsziel einhalten (Standard-Preis-Ansatz).

Weltmarktpreise fossiler Brennstoffe

Die Marktpreise für fossile Brennstoffe (Öl, Gas, Kohle) werden in absehbarer Zeit nicht so stark steigen, dass diese in einem **ausreichenden Maße unter der Erde bleiben**. Die Preissteigerungen für Kohle werden sich zudem in Grenzen halten, da sie (leider) noch in Hülle und Fülle vorhanden ist. Auch folgendes Gedankenmodell führt dazu, dass wir einen wirksamen Preis für CO2 brauchen: Angenommen, die Politik schafft es, wie auch immer, den CO2-Ausstoß drastisch zu senken. Was passiert dann mit dem Ölpreis? Er würde drastisch fallen. Wer könnte dann noch der Versuchung widerstehen, Öl wieder einzusetzen, wenn es keinen Preis für CO2 gibt?

3.2 Umweltbewusstes Handeln

Moralische Appelle in Bezug auf Konsum- und Investitionsentscheidungen und Lebensstile sind bei dem Ausmaß und Komplexität der Aufgabe eine Überforderung von Bürgern, Unternehmen und einzelnen staatlichen Stellen, die vom Notwendigen sogar ablenken können. Jedes Umweltministerium schmückt sich mit Kampagnen unter dem Motto: "Klimaschutz - was jeder tun kann", statt sich für einen wirksamen Preis auf CO2 einzusetzen. Die notwendigen Konsum- und Investitionsentscheidungen sind offensichtlich nicht attraktiv für die Menschen, sonst hätten wir ja kein Problem.

Darauf zu setzen, dass Bewusstseinsveränderungen bei täglichen Entscheidungen zum Ziel führen, wäre so, als wenn man Inflationsbekämpfung statt durch unabhängig Zentralbanken über Appelle an die Wirtschaft ersetzen wollte, doch bitte die Preise nicht zu erhöhen und auch keine höheren Preise zu zahlen. Scheinbar sind jedoch die Lösungsansätze, die in überschaubaren Stammesgesellschaften (über soziale Kontrolle) funktioniert haben, noch tief in uns verwurzelt und wir versuchen verzweifelt, sie erst einmal auch auf so komplexe Probleme wie den Klimaschutz anzuwenden.

Dabei ist der Einzelne, ob Konsument, Unternehmen oder staatliche Stelle, bei einer vollständigen Dekarbonisierung moralisch überfordert. Der Einzelne steckt in einem doppelten sozialen Dilemma: Sein isolierter Beitrag zum Klimaschutz fällt nicht ins Gewicht; seinen Verzicht/Verlust spürt er aber. Auch fühlt er, dass nur, wenn (fast) alle mitmachen, der Klimawandel begrenzt werden kann. Wie will er aber verhindern, dass er der Dumme ist? Dieses doppelte soziale Dilemma kann nur an der Wahlurne überwunden werden. Ohne staatliche Rahmensetzung wird immer nur eine Minderheit ausreichend zum Klimaschutz beitragen, wobei die Gefahr groß ist, dass dieser Beitrag durch andere kompensiert wird.

Hinzu kommt, dass dem einzelnen Wirtschaftsakteur oft schlicht auch die **Information fehlt**, welche Investitions- oder Konsumentscheidung wirklich die Treibhausgasemissionen kosteneffizient senkt. Immer eine zutreffende Ökobilanz zur Hand, die auch die Kosten vergleicht? Wenn man die Menschen völlig meschugge machen will, dann sollte man auf klimabewusstes Alltagshandeln setzen.

Das Verhalten der Wirtschaftsakteure wird sich nur nachhaltig ändern, wenn die ökonomischen Rahmenbedingungen die Kosten des eigenen Tuns widerspiegeln.

<u>Hier</u> ein schönes Video von <u>Rahmstorf/Precht</u> zu der Frage der Verantwortung der Verbraucher vs. politischer Entscheidungen: "Wenn jeder bei sich selber anfängt, retten wir die Welt nicht. Wir müssen uns aus dieser Kirchentagsrethorik befreien."

3.3 Staatliche Detaillenkung durch Auflagen und Subventionen

Auch der Staat ist hoffnungslos damit überfordert, wenn er über Vorgaben (z.B.: Flottengrenzwerte, Einsparverordnungen und Effizienzrichtlinien) und Subventionen (z.B. EEG, Förderprogramme, Steuererleichterungen) wünschenswerte kosteneffiziente Technologien und Lebensstile im nötigen Ausmaß identifizieren und forcieren wollte. Auch ihm fehlen dazu schlicht die nötigen Informationen. Wer an diesen Weg glaubt, sollte sich noch einmal kurz an die Probleme sozialistischer Planwirtschaften erinnern. Ein Vorteil der Marktwirtschaft ist, dass Preise allen Beteiligten über alle Wertschöpfungsketten hinweg Knappheiten bzw. die Kosten der eigenen Wünsche signalisieren. Die vollständige Dekarbonisierung zu gestalten über staatliche Detailregelungen, Subventionen und Appelle wäre nahe an der Planwirtschaft bzw. würde vielleicht sogar als eine Art Ökoterror oder Ökodiktatur wahrgenommen.

Ist das EEG nicht ein Gegenbeispiel?

Das EEG hat seine Verdienste. Der Anteil erneuerbarer Energien (EE) an der Stromproduktion ist beachtlich gestiegen. Die Kosten für EE sind drastisch gefallen. Ein großer Vorteil dieser Entwicklung könnte sein, dass damit EE auch für Entwicklungsländer bezahlbarer wurden. Auf der anderen Seite wurde dieser Ausbau teuer erkauft (in 2019 z.B. rund 25 Mrd. €). Mit dem gleichen Geldeinsatz hätte man vielleicht mehr CO2 einsparen können, durch

- Einsatz kostengünstigerer EE (z.B. mehr Wind-Onshore statt Fotovoltaik),
- · mehr Energieeffizienz und

Anpassung unseres Lebensstils.

Das hätte grundsätzlich ein CO2-Preis leisten können. Allerdings wären entsprechende Preise für CO2 Anfang der 2000er Jahre politisch (noch) nicht durchsetzbar gewesen, da z.B. Unionsparteien und die FDP nicht der Versuchung hätten widerstehen können, das Thema populistisch auszuschlachten, wie die Diskussion um die Ökologische Steuerreform von Rot/Grün gezeigt hat. Das hat schon eine gewisse Ironie, dass die Parteien, die eigentlich mit wirtschaftspolitischer Kompetenz verbunden werden, das effizientere Instrument verhindert haben.

Langfristig sind Einspeisevergütungen jedoch nicht die Lösung:

- Sie haben unseren CO2-Ausstoß lange nicht wirklich gesenkt. Statt dessen wurden wir Exportweltmeister von Kohlestrom.
- Sie müssten wohl noch sehr lange oder sogar für immer gezahlt werden, da die Systemkosten der EE (Gestehungs- + Speicherkosten + Netzausbau) noch zu lange oder sogar auf Dauer betriebswirtschaftlich höher sein können als die von Kohlestrom, der nicht seine vollen Kosten trägt.
- Höhere Energieeffizienz und angemessene Lebensstiländerung im notwendigen Ausmaß geht nur über den Preis.
- Sie funktionieren nur beim Strom.

Problem Subventionen

Förderprogramme und Subventionen sind für die Politik erst einmal sexy, weil man Geld verteilen kann, ohne jemanden wehtun zu müssen (glaubt man). Förderprogramme können sinnvoll sein, wenn es um Pilot- und Forschungsprojekte geht. Jetzt geht es aber darum, unsere gesamte Art zu leben und zu wirtschaften zu dekarbonisieren und hier springen Subventionen zu kurz. Wie soll das gehen? Am Ende des Tages müsste man die Steuern für alle drastisch erhöhen, um genügend Einnahmen zu haben, um wiederum alle Bürger und Unternehmen über Subventionen zu den richtigen Handlungen (kann der Staat wirklich im Einzelnen identifizieren, was richtig ist?) zu bewegen. Das wäre eine gigantische Umverteilung mit problematischen Auswirkungen z.B. bezüglich bürokratischem Aufwand, nicht gewährleisteter Technologieoffenheit, nicht passender individueller Lösungen, fraglicher sozialpolitischer Wirkungen etc. pp.

Problem Auflagen

Auflagen wie das Verbot von Verbrennermotoren oder dem Verbot des Einbaus fossiler Heizungen haben keine Auswirkung darauf,

- wie viel der Altbestand bis zum Ende seiner Lebenszeit noch an CO2 produziert und
- wie viel bereits vor dem Verbotstermin auf Alternativen umgestiegen wird.

Aufgrund der Budgeteigenschaft von CO2 kommt es aber gerade auf die Summer der CO2-Emissionen an, die wir ab heute noch emittieren. Mit einem wirksamen CO2-Preis können wir genau diese Menge regulieren.

Wirksamer CO2-Preis: effektiv, kosteneffizient, innovationsfördernd, technologieoffen, wenig Bürokratie und Gängelung

Eine Dekarbonisierung im Wesentlichen über Auflagen und Subventionen wäre kostspieliger Klimaschutz, der die Innovationspotentiale nicht ausreizt und damit am Ende an der Herausforderung zu scheitern droht. Umstiegshilfen als Prämien oder Steuererleichterungen für alle Bürger sind schlicht nicht finanzierbar bzw. die soziale Ausgewogenheit der Finanzierung kann problematisch sein (z.B. Anhebung Entfernungspauschale, Kaufzuschüsse für E-Autos für gut situierte).

Marktmechanismen können die nötige Innovationskraft und Kosteneffizienz hervorbringen, die wir brauchen, um eine der größten Herausforderungen der Menschheit zu bewältigen. Je kostengünstiger und je einfallsreicher wir Treibhausgase vermeiden, desto geringer sind die volkswirtschaftlichen Probleme und desto ehrgeiziger können die klimapolitischen Ziele sein. Wir dürfen aus der Erkenntnis, dass Markt pur bei vielen Problemen versagt, nicht dem anderen Extrem anheimfallen. Der Staat muss eingreifen. Aber bitte mit effizienten Mitteln.

4. CO2-Preis-Rechner

Mittlerweile werden mehrere CO2-Preis-Rechner als Webanwendungen angeboten. Unter "Roadmap CO2-Preis" finden Sie einen Überblick über die Rechner.

Mit dem <u>www.co2-preis-rechner.de</u> der Bürgerlobby Klimaschutz kann das hier vorgestellte Konzept mit wirksamen CO2-Preis und vollständiger Klimadividende am besten nachvollzogen werden.

5. Erstaunliche Zitate aus der Politik

Die schon etwas angestaubten Zitate zeigen, dass die Einsicht über die Notwendigkeit einer wirksamen CO2-Bepreisung schon sehr lange vorhanden ist.

Wolfgang Schäuble (CDU)

Vor dem CSU-Umweltarbeitskreis führte Schäuble im September 1997 z. B. aus: »Den Grundgedanken einer ökologischen Steuerreform halte ich nach wie vor für richtig. (...) Es führt kein Weg daran vorbei: Der Straßenverkehr, und zwar der Güterverkehr ebenso wie der Personenverkehr, ist zu billig zu haben, die Preise spiegeln nicht die wahren Kosten wider. (...) Dieses doppelte Ungleichgewicht müssen wir wieder stärker ins Lot bringen, wenn wir unseren beiden Hauptzielen, mehr Beschäftigung und weniger Umweltbelastung, näher kommen wollen.« (Nürnberger Nachrichten, 10.01.2000)

"Die Energiepreise sagen, ökologisch gesehen, nicht die Wahrheit. Dieses Ungleichgewicht auszutarieren wirkt sich deshalb positiv sowohl auf die Beschäftigungssituation als auch auf die Senkung der Umweltbelastung aus. Der Einsatz des Faktors Arbeit müsste also durch eine Senkung der Lohnnebenkosten relativ billiger, der Energie- und Rohstoffverbrauch durch eine Schrittweise Anpassung der Energiepreise dagegen relativ verteuert werden. Die grundsätzlichen Einwände gegen eine Verteuerung des Ressourcenverbrauchs sind sicher ernst zu nehmen, aber letztlich nicht durchschlagend."

1998, aus dem Buch von Wolfgang Schäuble: "Und sie bewegt sich doch"

Angela Merkel (CDU)

1995 plädierte Angela Merkel für ein schrittweises Anheben der Energiepreise: "Als Umweltministerin halte ich es für erforderlich, die Energiepreise schrittweise anzuheben und so ein eindeutiges Signal zum Energiesparen zu geben." (FAZ, 28.03.1995)

"Energie ist heute zu billig. (...) es müssen aus meiner Sicht gezielt die Steuern auf Energie angehoben werden, sei es über Mineralöl, Heizgas oder Strom. Der gewünschte umweltpolitische Lenkungs- und Lerneffekt tritt freilich nur ein, wenn klar ist, daß die Steuersätze über Jahre allmählich angehoben werden." (FR 17.06.1997)

"Bei allem muß es darum gehen, technische Effizienz, wirtschaftliches Wachstum, Konsum- und Lebensgewohnheiten auf die Leistungsfähigkeit der natürlichen Ressourcen auszurichten. Hierzu gehört auch, daß ökologisch ehrliche Preise die Knappheit der natürlichen Ressourcen widerspiegeln. Wir müssen bereit sein, Maßnahmen zu ergreifen, deren Wirkung wir zu unseren Lebzeiten vielleicht selbst nicht mehr erleben werden, die aber für eine tragfähige Lebens- und Entwicklungsgrundlage künftiger Generationen unerläßlich sind." 1997: Der Preis des Überlebens. Gedanken und Gespräche über zukünftige Aufgaben der Umweltpolitik. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Hermann Gröhe

Der Abgeordnete **Hermann Gröhe (CDU)** hat am 8. Dezember 1995 ein parteiübergreifendes Bündnis junger Abgeordneter angeführt, das die nationale Einführung einer ökologischen Steuerreform forderte. In dem Papier "Klimaschutz durch ökologische Umgestaltung des Steuersystems – jetzt!" setzen sich die 17 Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und F.D.P. für eine allmählich steigende Energiesteuer ein. "Sollte sich eine derartige Steuer nicht in kürzester Zeit EUweit durchsetzen lassen, halten wir eine nationale Vorreiterrolle Deutschlands für dringend geboten." 8. Dezember 1995

Norbert Röttgen (CDU) + Christian Lindner (FDP)

"Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft schließt die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen mit ein. Sie ist nicht nur eine Frage der Bewahrung der Schöpfung. Auch die ökologisch-ökonomischen Kosten (drohende Umweltrisiken) und die ökonomisch-ökologischen Chancen (Absatz deutscher Technologie) werden noch unterschätzt. Wir arbeiten deshalb an einer Antwort auf die ökologischen Herausforderungen. Wenn Umweltgüter keinen Preis haben, können Märkte nicht effizient funktionieren. Dann wird - häufig auf der Grundlage von externen Effekten - zwischen Generationen und Regionen umverteilt.

An die Prozesspolitik in der Finanz- und Wirtschaftskrise wollen wir deshalb nun eine ökologisch gestaltende Ordnungspolitik anschließen, die Umweltschutz und Ressourcenschonung zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von Unternehmen und Bürgern macht. Sie orientiert sich am Verursacher- und Vorsorgeprinzip, das heißt, sie beseitigt externe Effekte, berücksichtigt ökologische Risiken und bereitet die Volkswirtschaft beispielsweise auf künftige Knappheiten vor. Marktkonforme Instrumente und umweltpolitische Zielvorgaben treten dafür an die Stelle von gut gemeinter ökologischer Detailsteuerung, um den Wettbewerb als Innovationstreiber, Kostensenker und Entdeckungsverfahren für neue Technologien zu nutzen. Der bislang zu oft nur quantitativ verstandene Wachstumsbegriff erhält so auch eine qualitative Dimension. Dieser "aufgeklärte" Wachstumsbegriff ist ein Standortvorteil im internationalen Wettbewerb."

Süddeutsche Zeitung, 26.03.2010

6. Paper zu Klimaschutzinstrumenten

<u>Hier</u> können Sie einen **Instrumentenvergleich auf eine Seite** gebannt und ein **ausführliches Diskussionspapier** herunterladen.